



Demonstration von ‚Zukunft Heimat‘ in Cottbus. Foto: JFDA e.V.

KONSOLIDIERUNG EINES MILIEUS

Die rechtsextremen und flüchtlingsfeindlichen Mobilisierungen im Land Brandenburg hielten im Jahr 2017 an. Die in den Vorjahren eher diffusen Protestgruppierungen verdichteten sich zu einer zusehends ausdifferenzierten politischen Bewegung inklusive einer stabilisierten parlamentarischen Repräsentanz. Der Konsolidierungsprozess geht mit einer Verkleinerung der Protestveranstaltungen und der Facebook-Agitation einher.

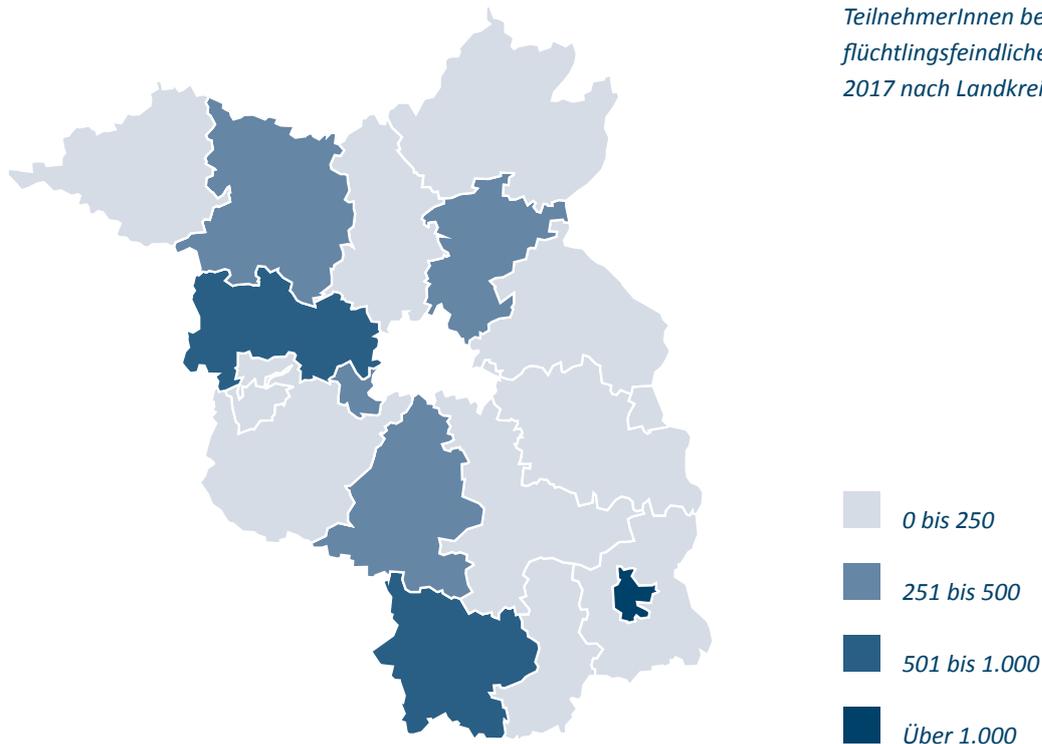
Die 2016 gegründete Potsdamer *Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus* des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien dokumentiert das Aufkommen extrem rechter, rassistischer und flüchtlingsfeindlicher Straßenmobilisierungen und damit in Verbindung stehender Facebook-Seiten im Land Brandenburg. Das Protestgeschehen wird anhand eigener Recherchen und mithilfe öffentlicher Quellen ausgewertet. Das vorliegende Papier fasst die Analyseergebnisse für das Jahr 2017 zusammen.

Zentrale Ergebnisse des Demonstrationsmonitorings

Die Protestinitiativen rückten 2017 organisatorisch zusammen und professionalisierten sich. Das quantitative und qualitative Niveau der Proteste lag 2017 erneut weit über jenem der Jahre vor 2015. Allerdings: Der regelrechte Boom extrem rechter, rassistischer und flüchtlingsfeindlicher Straßenmobilisierungen der Jahre 2015 und 2016 hat einen Dämpfer erhalten. Der sich bereits ab der zweiten Jahreshälfte 2016 abzeichnende Trend einer abnehmenden Mobilisierung setzte sich 2017 fort. Nur im Zuge des Bundestagswahlkampfes kam es zu einer befristeten Wiederbelebung der Proteste.

Im Jahresverlauf fanden 39 einschlägige Straßenaktionen in Brandenburg statt, die eine Mindestteilnahmezahl von 50 Personen hatten.¹ Die große Mehrheit der Aktio-

¹ Hinweise zur Methodik der Erfassung und Auszählung sind auf der Internetseite des MMZ abgelegt. Dort sind zudem Literaturangaben und die genutzten Quellen nachgewiesen.



nen richtete sich gegen die Flüchtlingspolitik. Insgesamt, also unter Berücksichtigung von kleinen Veranstaltungen, wurden 162 Straßenaktionen registriert.² In der Summe nahmen 7.950 Personen teil. Die größten einschlägigen Aktionen im Jahresverlauf fanden im Rahmen der „Zukunft-Heimat“-Kampagne in Cottbus statt. Die höchste Gesamtsumme der lokalen Teilnehmerszahlen wurde in Cottbus verzeichnet (4030 Personen), gefolgt vom Landkreis Havelland (940).

Im Vergleich zu den Vorjahren ist das Niveau der Mobilisierung gesunken. Den 39 größeren Straßenaktionen und 7.950 DemonstrationsteilnehmerInnen 2017 standen 100 Aktionen mit 17.300 Personen im Jahr 2016 und 105 Aktionen mit 23.300 Personen im Jahr 2015 gegenüber. Weiterhin liegen die Zahlen deutlich über dem Niveau der Jahre bis 2014.

Protestmilieu rückt zusammen

Die Träger der extrem rechten, rassistischen und flüchtlingsfeindlichen Straßenmobilisierungen lassen sich in vier Kategorien unterteilen:

- I Initiativen, die sich selbst als parteiübergreifend, pro-demokratisch und nicht-extremistisch darstellten, die aber tatsächlich von extrem rechten Akteuren und Positionen geprägt waren.

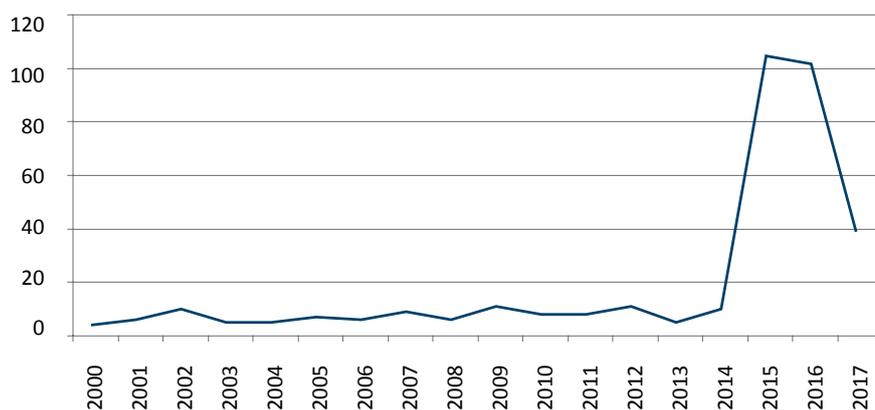
- II Die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD).
- III Zusammenschlüsse, bei denen zwar Spielräume für extrem rechte und rassistische Positionen zu konstatieren sind, die jedoch nicht – zumindest nicht nachweislich – von einschlägigen Positionen geprägt waren.
- IV Offen extrem rechte bis neonazistische Kräfte (NPD, „Der III. Weg“, „Die Rechte“, „Kameradschaften“).

Verknüpft mit den verkleinerten Mobilisierungen ist auch der Grad der Binnendifferenzierung zurückgegangen. Der Kern des Protestmilieus ist – wenn nicht vollständig inhaltlich, dann doch in Hinblick auf die Straßenpräsenz – zusammengerückt. Die Milieugehörigen stehen miteinander in regem Austausch und unterstützen sich gegenseitig. Beispielsweise nahmen Neonazis an AfD-Veranstaltungen teil oder AfD-RepräsentantInnen an Versammlungen von „Bürgerinitiativen“.

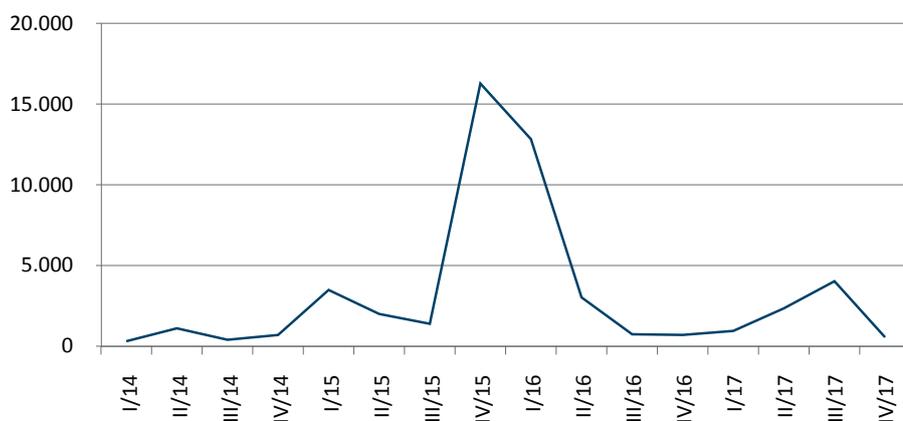
Die Verschiebungen lassen sich folgendermaßen umreißen:

- I Für das Protestgeschehen 2017 waren in Brandenburg insbesondere die Mobilisierungen in Cottbus prägend. Ausrichter war der sich als demokratisch präsentierende Verein „Zukunft Heimat“. An den Veranstaltungen nahmen Rechtsextreme, Neonazis und AfD-AnhängerInnen teil.
- II Die AfD präsentierte sich 2017 in Brandenburg als eine Bewegungspartei. So richtete sie eigene Protestveranstaltungen aus, die die Flüchtlingspolitik in den Fokus nahmen. Darüber hinaus entsandte sie Red-

² Nicht berücksichtigt sind hier einfache Wahlkampfstände.



Extrem rechte und flüchtlingsfeindliche Straßenaktionen mit mehr als 50 TeilnehmerInnen in Brandenburg zwischen 2000 und 2017.



TeilnehmerInnen bei extrem rechten und flüchtlingsfeindlichen Straßenaktionen in Brandenburg nach Quartalen 2014 bis 2017.

nerInnen zu Versammlungen von anderen Akteuren. Einige Funktionäre der brandenburgischen AfD traten im Zuge solcher Versammlungen nicht in Erscheinung, was auf die Existenz von innerparteilichen Vorbehalten gegen einen bewegungsorientierten Kurs der Partei hinweisen könnte. Die Spitze der Landes-AfD und ihre prominenten RepräsentantInnen stehen jedoch für den fundamentaloppositionellen Bewegungskurs. Neben den AfD-Versammlungen, die auf das Bewegungsmilieu ausgerichtet waren, veranstaltete die Partei in den Wahlkampfwochen eine Vielzahl von kleinteiligen Informationsständen. Als ergänzendes Veranstaltungsformat etablierten sich – verstärkt vor der Bundestagswahl – Saalveranstaltungen, bei denen AfD-Funktionäre den „Bürgerdialog“ suchten.

III An Bedeutung verloren im Jahresverlauf Zusammenschlüsse, die nur Spielräume für rassistische oder extrem rechte Positionen boten, aber in der Gänze politisch offener erschienen. Zu Beginn der Protestwelle 2014 und 2015 waren entsprechende Veranstaltungen häufiger anzutreffen und zuweilen Ausdruck eines noch nicht ideologisierten Unbehagens gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung beziehungsweise der Brandenburger Behörden. Derartige Protestformate waren 2017 kaum mehr anzutreffen.

Die Initiative „Zukunft Heimat“ wurde von uns bis 2016 als eine solche politisch offene Erscheinung eingeordnet, aber für 2017 im Zuge ihrer Vernetzung mit politisch eindeutigen Akteuren in die Kategorie I umgruppiert.

IV Die offen extrem rechts ausgerichteten politischen Kräfte haben im Jahr 2017 kaum noch eigene Veranstaltungen ausgerichtet. Gleichwohl nahmen Neonazis regelmäßig an anderen Protestversammlungen teil. Ein Sonderfall sind die konstant stattfindenden, inzwischen jedoch teilnahmeschwachen Versammlungen im Havelland („Bürgerbündnis Rathenow“). Bis 2016 bemühten sich die dortigen Versammlungen zumindest teilweise noch um ein „demokratisches“ Auftreten. Inzwischen müssen die Mobilisierungen als offen rechtsextrem orientiert bewertet werden. Die größte neonazistische Straßenaktion 2017 war eine Spontanversammlung am 19. August in Falkensee. Nach einem mutmaßlich politisch motivierten Anschlag auf Bahngleise saßen zwei Gruppen Neonazis in Falkensee fest, die zu einer bundesweiten Gedenkdemonstration für den Hitlerstellvertreter Rudolf Heß in Berlin-Spandau anreisten. Unter dem Motto „Mord verjährt nicht, gebt die Akten frei“ demonstrierten die insgesamt rund 250 Neonazis spontan durch Falkensee.



Zuschauerin mit dem neonazistischen Schwarze-Sonne-Symbol bei AfD-Wahlkampf-Kundgebung mit Björn Höcke in Potsdam. Foto: MMZ Potsdam.



Unangemeldeter nächtlicher Aufmarsch von Neonazis im Januar 2017 in Cottbus. Quelle: Reddit.

Spektakuläre Kleinaktionen und Veranstaltungsstörungen

Die große Mehrheit der Straßenaktionen bewegte sich legal im Rahmen des Versammlungsrechts und im Rahmen regulärer Veranstaltungsformate. Vereinzelt kam es dennoch zu Regelüberschreitungen. Im Januar 2017 demonstrierten nachts rund 120 mit Feuerwerkskörpern ausgestattete und mehrheitlich vermummte Personen durch Cottbus mit einem Transparent „Verteidige Cottbus“ und verteilten Flugzettel mit der Parole „Cottbus Nafrifrei“.³ Die nicht-angemeldete, illegale Aktion wurde mutmaßlich von neonazistischen Fußballfans des FC Energie Cottbus organisiert und durchgeführt.

Die bereits länger in Brandenburg präsente „Identitäre Bewegung“ richtete 2017 mehrere Kleinaktionen aus, die durch ihren spektakulären Charakter Aufmerksamkeit generieren sollten. So erklimmen im Oktober mehrere „Identitäre“ das Dach der Cottbusser Stadthalle, um dort ein Transparent zu enthüllen und Feuerwerks-

körper abzubrennen. Vorher hatten im Juli „Identitäre“ in Cottbus Pfefferspraydosen in der Cottbusser Fußgängerzone ausgegeben – als Verteilung von „Anti-Nafri-Spray“ gegen „Ficki-Ficki-Fachkräfte“ wurde die Aktion später im Bewegungsmedium „Compact“ gewürdigt. Gegen den beteiligten „Identitären“-Funktionär Robert Timm führte die Polizei wegen eines mutmaßlichen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht eine Hausdurchsuchung durch.

Im Bundestagswahlkampf wurden im August und September mehrmals Wahlkampfkundgebungen anderer Parteien aus dem Protestmilieu heraus gestört. Bei Wahlkampfauftritten von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Brandenburg (Havel) und in Finsterwalde kam es zu massiven Protesten. Zu den wütenden Pfeifkonzerten hatten Vereinigungen wie die NPD, die AfD beziehungsweise ihre Jugendorganisation, Initiativen wie „Zukunft Heimat“ oder „Ein Prozent“ aufgerufen oder waren dort vertreten. Nach Polizeiangaben wurden in Finsterwalde mehrere Ermittlungsverfahren wegen Zeigen des Hitlergrußes eingeleitet.

Facebook-Seiten verlieren an Ausstrahlungskraft

Im Zuge der flüchtlingsfeindlichen Mobilisierungen hatten sich seit 2014 auch in Brandenburg themenspezifische, oft lokal oder regional ausgerichtete Facebook-Seiten etabliert. Sie dienten als zentrales Mobilisierungsmedium

³ „Nafri“ ist eine interne Arbeitsbezeichnung der Polizei Nordrhein-Westfalen für „Nordafrikaner“. Der Begriff wurde in den Debatten nach den Vorfällen in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln öffentlich bekannt und fand Eingang in den rassistischen Kampagnenjargon. „Cottbus Nafrifrei“ ist zudem eine Verballhornung des Namens des lokalen Bündnisses „Cottbus Nazifrei“.

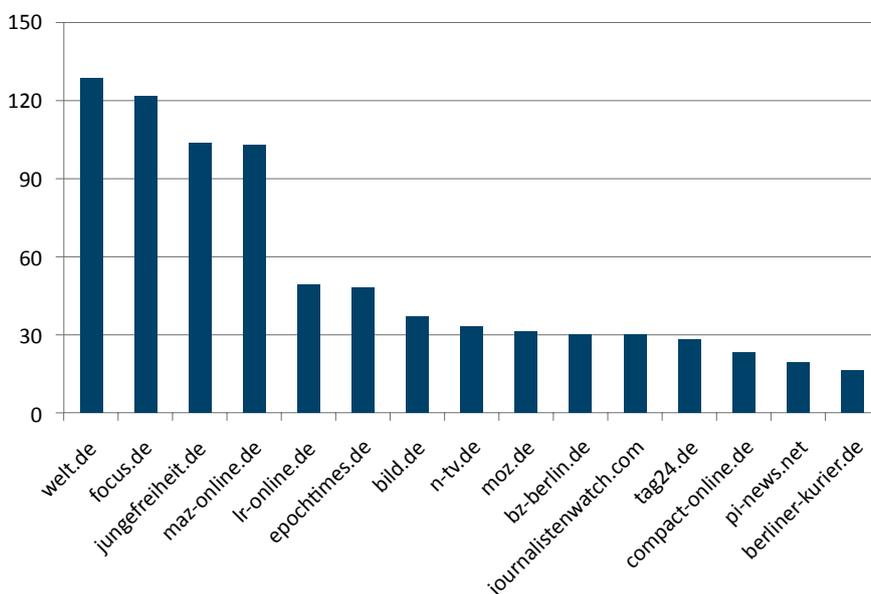
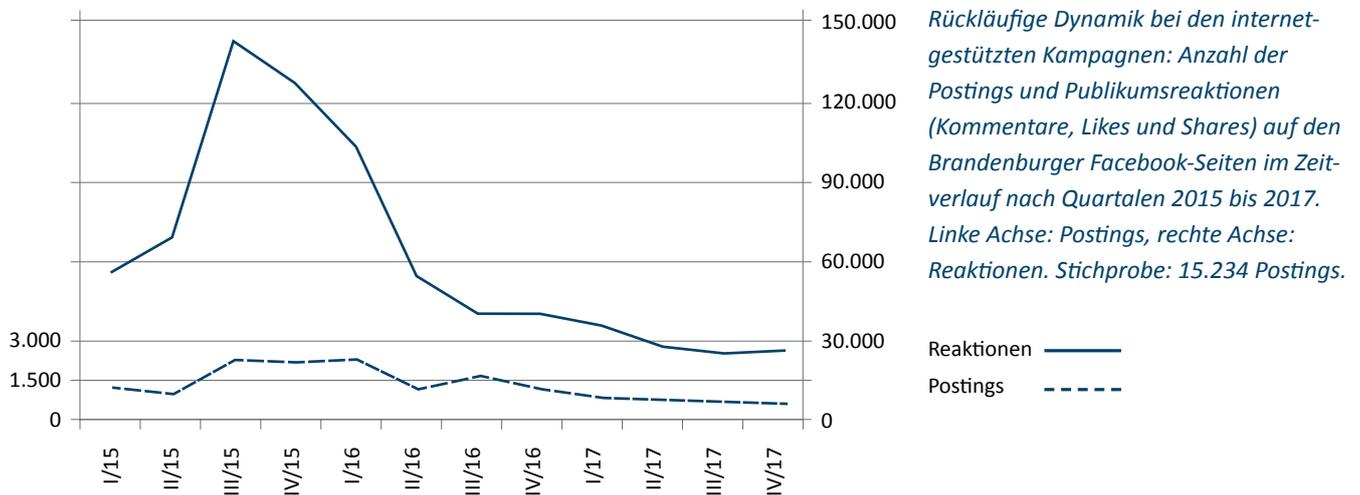
für die Straßenproteste. Die BetreiberInnen verbreiteten auf diesen Seiten „asylkritische“ Nachrichten, kommentierten diese emotionalisierend und riefen zu Aktionen auf.

Das Zurückgehen der Straßenmobilisierungen ging 2017 mit einem Bedeutungsverlust der entsprechenden Facebook-Seiten einher. Mit Stand von Dezember 2017 sind 97 solcher Seiten zu verzeichnen, die sich auf das gesamte Land Brandenburg oder auf einzelne Landkreise oder Orte im Bundesland beziehen. Insgesamt hatten die Seiten am Jahresende 88.000 Likes, also virtuelle Sympathiebekundungen, auf sich versammelt. Lediglich 41 der 97 Seiten sind (mit Stand vom Januar 2018) als aktiv zu werten, das heißt ihre letzte Online-Aktivität liegt weniger als einen Monat zurück. Die mit Abstand reichweitenstärkste Seite ist weiterhin „Nein zum Heim in Guben“ mit 10.400 Likes. Im Jahresverlauf gewann die Seite des

Berlin-Brandenburger Ablegers der „Identitären Bewegung“ an Bedeutung.

Diese Werte liegen auf dem Niveau der Vorjahre: 2016 gab es 99 Seiten, davon 52 aktive mit insgesamt 84.000 Likes. Allerdings war der Grad der Aktivität – also die Frequenz von Postings und die Reaktionsfreude des Publikums (per Like, Kommentar oder Share) – rückläufig.

Die meisten der 2015 und 2016 zu Reichweite gelangten Seiten folgten auch 2017 weiterhin der Linie, jeweils als authentische Stimme „des Volkes“ aufzutreten, die unabhängig jenseits von Politik oder Ideologie eine „Kritik“ an der Flüchtlingspolitik artikuliere. Gleichwohl häuften sich auf den Seiten Postings, die parteipolitisch Farbe bekanteten. In der Regel geschah dies durch das Verbreiten von Stellungnahmen. Diese bezogen sich nicht nur auf die AfD, sondern zu etwa gleichen Teilen auch



Die auf den größten einschlägigen Facebook-Seiten aus Brandenburg verlinkten Portale im Jahr 2017. Stichprobe: 2958 Postings.

Auf den Seiten werden in erster Linie überregionale und regionale Presseangebote verlinkt, bewegungsnahe Angebote sind eher eine Ergänzung – in keinem Fall einziger Informationsquell.



Die AfD beteiligte sich an den ‚Zukunft-Heimat‘-Demonstrationen in Cottbus. Foto: MMZ Potsdam.

auf die NPD. Dies zeigt unter anderem, dass die NPD in diesem Spektrum weiterhin über einen gewissen Einfluss verfügt.

„Zukunft Heimat“ in Cottbus

Schwerpunkt der einschlägigen Proteste in Brandenburg war 2017 die Stadt Cottbus. Neben den erwähnten Aktionen von neonazistischen Fußballfans und von „Identitären“ wurden von der NPD einige kleinere Informationsstände und Kundgebungen abgehalten. Vor allem aber wurde das Protestgeschehen in der Stadt durch die Initiative „Zukunft Heimat“ geprägt. Ab Ende Mai veranstaltete der Verein insgesamt elf eigene Kundgebungen in Cottbus; in der Regel an Dienstagabenden und mit Auftaktkundgebungen auf dem zentral gelegenen Altmarkt.

„Zukunft Heimat“ ist ein Ende 2015 gegründeter Verein mit Sitz in Golßen (Dahme-Spreewald). Ab 2015 und bis in den April 2016 richtete die Organisation in enger Verbindung mit der AfD Demonstrationen beispielsweise in den Städten Lübben, Lübbenau oder Vetschau aus, die sich schwerpunktmäßig gegen die Flüchtlingspolitik richteten.

Schnell wurde in der Öffentlichkeit Kritik an „Zukunft Heimat“ wegen der Teilnahme von Neonazis an den Demonstrationen geäußert. Verschiedene Berichte wiesen

auf mögliche Verbindungen in den organisierten Neonazismus hin. Die Vorwürfe wies „Zukunft Heimat“ zurück. Zuvor war im Jahr 2016 eine Vereinsvorsitzende gemeinsam mit einem ehemaligen Anführer der verbotenen Neonaziorganisation „Spreelichter“ bei einem Veranstaltungsbesuch in Berlin gesehen worden. Auch an den Demonstrationen in Cottbus nahmen in nicht geringem Umfang einschlägig bekannte Neonazis aus der Stadt und ihrer Umgebung teil.

Im Mai 2017 erklärte „Zukunft Heimat“, dass Cottbus Schauplatz einer Demonstrationskampagne werden solle, da sich die Stadt zu einem „Brennpunkt“ entwickelt habe. Die extrem rechte Vernetzungsagentur „Ein Prozent“, mit der „Zukunft Heimat“ kooperiert, sowie der AfD-Kreisverband Spree-Neiße schrieben in Begleittexten der Stadt Cottbus genauso den Status eines „Brennpunkts“ zu. An der Auftaktdemonstration am 30. Mai auf dem Altmarkt nahmen rund 350 Menschen teil. Jeweils an Dienstagabenden folgten weitere Demonstrationen, die ebenfalls jeweils mehrere hundert Personen anzogen. Zeitgleich zu dieser Demonstrationskampagne kam es in Cottbus immer wieder zu rassistischen und rechtsmotivierten Angriffen – die Belastung mit entsprechenden Straftaten liegt weit über dem Landesschnitt.

Am Dienstagabend vor der Bundestagswahl trat „Zukunft Heimat“ als Veranstalter einmalig formal zurück. Die Kundgebung auf dem Altmarkt diente als branden-

burgischer Wahlkampfabschluss der „Alternative für Deutschland“. Es redeten unter anderem der Bundestagswahl-Spitzenkandidat Alexander Gauland sowie Andreas Kalbitz, Landesvorsitzender der AfD.

Gauland nannte in seiner Rede die Stadt Cottbus ein „gutes Beispiel“ für die Gefahren von Zuwanderung, da hier eine „Islamisierung“ stattfindet: „Und genau diese Islamisierung wollen wir hier nicht!“ Die Bundesrepublik sei am „Anfang einer Diktatur“. Andreas Kalbitz sprach von „etablierten Polit-Fratzen“ und von „halb-toten Entmerkelten“. Die „Einheitsparteipropaganda“, das „Multikultopia dieser Willkommensextrémisten“ Sorge dafür, dass monatlich „fünfeinhalbtausend Euro für 12-jährige Syrer mit Vollbart“ ausgegeben werden, während „deutsche Rentner nach 40 Jahren Arbeit mit 500 Euro“ auskommen müssten. Kalbitz bewarb die AfD als „letzte Chance“ für Deutschland, da sie die „einzig inländerfreundliche Partei“ sei.

Die offensive Verbindung von Partei- mit Straßenpolitik wirkte sich offenbar nicht negativ auf das Wahlergebnis der AfD aus. Bei der Bundestagswahl entfielen in Brandenburg 20,2 Prozent der Zweitstimmen auf die AfD. In Cottbus und dem umgebenden Landkreis Spree-Neiße lag der Anteil mit 25,3 Prozent höher. Nach der Bundestagswahl wurden die „Zukunft Heimat“-Versammlungen mit geringeren Teilnahmezahlen weitergeführt. Zum Jahresabschluss am 31. Dezember rief „Zukunft Heimat“ zu einer „Silvesterdemo“ an der Cottbusser Stadthalle auf. Die Aussicht, mit der Aktion ein „Kölner Szenario“ unterbinden zu können, mobilisierte rund 200 Personen. Laut Presseberichten kam es in den folgenden Stunden an und in einer Flüchtlingsunterkunft im Stadtteil Sachsendorf zu rassistischen Angriffen, durch die drei Flüchtlinge verletzt wurden.

Die „Zukunft Heimat“-Demonstrationen in Cottbus brachten unterschiedliche politische Akteure zusammen. Neben den „Zukunft Heimat“-Vereinsmitgliedern wie den Vorsitzenden Christoph Berndt und Anne Haberstroh traten mehrere Gliederungen der AfD in Erscheinung. Als RednerInnen traten neben den bereits genannten AfDlern auch die Landtagsabgeordnete Birgit Bessin und der Kommunalpolitiker Daniel Freiherr von Lützwow auf. Eng mit „Zukunft Heimat“ verbunden zeigte sich auch Marian von Stürmer, 2016 AfD-Bürgermeisterkandidat in Lübbecke. Von Mitgliedern der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) wurden Ordnerdienste übernommen. Der AfD-Kreisvorstand und JA-Landesvorstand Jean-Pascal Hohm begleitete im Rahmen seiner Mitarbeit bei der extrem rechten Organisation „Ein Prozent“ die „Zukunft Heimat“-Demonstrationen in Cottbus. VertreterInnen der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ nahmen an den Versammlungen teil. Der in Cottbus lebende „Identitären“-Funktionär Robert Timm trat als Redner

auf. Im Sommer wurde in Cottbus ein Ableger der „Identitären Bewegung“ gegründet. Die Gruppe versuchte, die Kampagne von „Zukunft Heimat“ durch eigene Aktionen zu unterstützen und aktivistisch zu begleiten.

Auch stadtbekanntere NPD-Funktionäre wie das Cottbusser Bundesvorstandsmitglied Ronny Zasowk nahmen an den Demonstrationen teil. Des Weiteren partizipierten kontinuierlich Personen aus dem regionalen, parteiunabhängigen Neonazismus, aus der Rechtsrock-Szene und aus dem rechtsextremen Teil der Fanszene des FC Energie Cottbus. Dies führte zu keinen Sanktionen oder Distanzierungen durch die Veranstalter. „Zukunft Heimat“ kooperierte zudem eng mit „Pegida“ in Dresden. In Cottbus trat der „Pegida“-Funktionär Siegfried Däbritz auf und umgekehrt wurde der „Zukunft Heimat“-Vereinsvorsitzende Christoph Berndt nach Dresden als Redner eingeladen.

Berndt machte in seinen Ansprachen auch in Cottbus deutlich, dass es „Zukunft Heimat“ um weitaus mehr geht, als um eine Kritik an der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Er beschwor Untergangsszenarien, denen zufolge die Politik aktiv daran arbeite, Deutschland zu zerstören. Im Juni proklamierte Berndt: „Der Prozess, der zum Verlust der Grenzen führt, heißt Verwesung. Und das ist der Prozess in den uns Merkel und die Regierung steuern will.“ Aufgabe des Protestmilieus sei es, dieses angebliche Vorhaben der Politik zu stoppen: „Ohne unseren Protest werden diese Eliten immer so weitermachen und sie werden unser Land [...], sie werden unseren Kontinent ruinieren. Sie werden unser Leben zerstören.“

Im August führte AfD-Funktionär Jean-Pascal Hohm in einer Ansprache aus, dass die Breite der im Rahmen von „Zukunft Heimat“ engagierten Organisationen begrüßenswert sei, inklusive der extrem rechten „Identitären Bewegung“: „Wir stellen mit der AfD die drittstärkste Partei in diesem Land. (...) Wir haben mit Ein Prozent eine Organisation die quer durch Deutschland Leute vernetzt, Geld organisiert, alles Mögliche. Wir haben im Mittelmeer ein Schiff, was dafür sorgt, dass das Schleppermafianetzwerk aufgedeckt wird.“ Eine Distanzierung von extrem rechten Kräften sei inopportun, so Hohm weiter: „[Es kann] uns scheißegal sein, was in irgendeinem Verfassungsschutzbericht steht, was für Lügen dort verbreitet werden.“

Vor dem Hintergrund der sich verringernden Demonstrationsdynamik war die Stadt Cottbus ein Experimentierfeld für die Bewegungsakteure. Als Schauplatz einer Kampagne und Modell für eine Zusammenarbeit dürfte es von den Akteuren als vielversprechend bewertet werden. Dienlich waren dazu der relativ hohe Grad der Vernetzung regional und überregional und das Agieren auf unterschiedlichen Ebenen: „Zukunft Heimat“ auf der Straße, die AfD im Wahlkampf beziehungsweise in den Parlamenten, die „Identitäre Bewegung“ für den Aktio-



„Ausländer raus“ bei einer AfD-Kundgebung in Eberswalde.
Foto: MMZ Potsdam.



Bericht in der Neonazi-Zeitschrift „NS Heute“ über die spontane Rudolf-Heß-Demonstration in Falkensee.

nismus und als weiterer einzukalkulierender Faktor die ExponentInnen aus dem in Cottbus vorhandenen subkulturellen und gewaltbereiten Neonazismus.

Zusammenfassung

Das Demonstrationsgeschehen in Brandenburg verbleibt auf einem Niveau, das weit über jenem der Jahre bis 2014 liegt. Die in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der steigenden Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge stehenden Proteste wie in den Jahren 2015 und 2016 haben dennoch an Anziehungskraft eingebüßt. Viele Menschen, die zeitweise an Protestformaten partizipierten, haben ihre Teilnahme eingestellt. Das kleiner gewordene Protestmilieu hat sich konsolidiert und ist enger zusammengedrückt. Die neonazistische Rechte nimmt an den Protesten teil, geprägt werden sie jedoch von anderen Akteuren, die größtenteils erst in den vergangenen Jahren entstanden sind. Aus den teils spontan zusammengesetzten Protestformationen haben sich Vereinigungen herausgebildet, die eine gewisse Aktionsfähigkeit bereits unter Beweis gestellt haben und die sich zum Ziel gesetzt haben, die Proteste zu professionalisieren und gegebenenfalls in neue Formen zu überführen. Dazu zählen neben der AfD auch Organisationen wie „Ein Prozent“ oder die „Identitäre Bewegung“. Die brandenburgische AfD zeigte im Rahmen ihrer Bewegungsorientierung wenig Berührungspunkte zu rechtsextremen Kräften im Protestmilieu.

Dem abnehmenden Trend bei den Straßenmobilisierungen entgegen standen jene Demonstrationen, die der Verein „Zukunft Heimat“ in Cottbus ausrichtete. Die dort zu beobachtende enge Kooperation mit anderen Akteuren bestätigt den Befund einer Konsolidierung des Protestmi-

lieus. Die AfD verdeutlichte in diesem Rahmen, dass sie sich als Interessenvertreterin der Bewegung versteht und umgekehrt wurde der AfD ausführlich und systematisch Gelegenheit geboten, für sich Wahlwerbung zu machen.

Die Weiterentwicklung der AfD, inklusive ihrer parlamentarischen Praxis auf Bundes-, Landes- und auf kommunaler Ebene, wird mittelfristig ein wichtiger Faktor sein, der über die künftige Ausrichtung von Straßenprotesten mitentscheiden wird. Bisher betonen die meisten Beteiligten, dass Straßenpolitik und die parlamentarische Arbeit der AfD sich ergänzen sollten. Weder ein weiteres Abflauen der Proteste – etwa, weil die AfD-Parlamentsarbeit als ausreichend und zufriedenstellend empfunden wird – noch ein Wiederaufflammen oder eine Fortführung in anderen Mustern scheinen derzeit ausgeschlossen.

Christoph Schulze

IMPRESSUM

Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle
Antisemitismus und Rechtsextremismus

Herausgeber:
Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien
Am Neuen Markt 8, 14467 Potsdam
Telefon: (0331) 28 09 40
moses@mmz.uni-potsdam.de
www.mmz-potsdam.de

Redaktion: Priv.-Doz. Dr. Gideon Botsch

Druck: Bunter Hund, Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin